



Gutscheinsystem jetzt endlich abgeschafft

Flüchtlingspolitikerinnen bekräftigen Koalition, Diskriminierungen zu beseitigen

Die flüchtlingspolitischen Sprecherinnen der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag begrüßen die Abschaffung der diskriminierenden „Wertgutscheine“ auch in den letzten beiden Landkreisen Greiz und Weimarer Land als „längst überfällig“.

„Auch wenn wir davon ausgehen, dass die Umstellung in keinem der beiden Landkreise aus freien Stücken erfolgte, schließlich sind weder Landrätin Martina Schweinsburg noch Landrat Hans-Helmut Münchberg als integrationspolitische Vorreiter bekannt, so kann man doch endlich - zweieinhalb Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes - konstatieren, dass zumindest diese diskriminierende Praxis nun flächendeckend beendet ist“, so die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Sommer 2012 festgestellt, dass die Höhe der Leistungen nach Paragraph 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes verfassungswidrig ist und bis zur Neufestsetzung der Leistungshöhe durch den Gesetzgeber eigene Vorgaben gemacht. „Daraufhin hatte der damalige Innenminister Geibert (CDU) auch den Landkreisen freigestellt, die Leistungen bar auszuzahlen, die bis dahin an der diskriminierenden Gutscheinspraxis festgehalten hatten. Leider hielten es dennoch einige Landkreise nicht für notwendig, davon abzurücken. Ich bin froh, dass nun auch die Landräte

Münchberg und Schweinsburg einlenken und die Wertgutscheine abschaffen“, sagte Diana Lehmann von der SPD-Fraktion.

„Die Abschaffung der Gutscheine ist ein weiterer Schritt hin zu einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik, wie sie sich Rot-Rot-Grün vorgenommen hat“, betont Sabine Berninger für DIE LINKE. Der nächste müsse sein, auch die Sachleistungen bezüglich der Bekleidung gänzlich abzuschaffen und

eingeführten diskriminierenden Sondergesetze abzuschaffen. Ganz nach dem Leitsatz des Bundesverfassungsgerichtes: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

Zum 1. März tritt Neuregelung im Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft

Die Pressesprecherinnen der beiden Landkreise hatten dem MDR THÜRINGEN mitgeteilt, in Greiz würde

ab Mitte Februar Bargeld ausbezahlt, das Weimarer Land habe seine Gutscheine bereits im vergangenen Dezember abgeschafft.

Zum 1. März tritt bundesweit die Neuregelung im Asylbewerberleistungsgesetz im Zuge der Asylreform in Kraft. Leistungen sollen künftig in Form von Bargeld und nur noch in Ausnahmefällen in Sachleistungen, also zum Beispiel in Form von Gutscheinen ausbezahlt werden. Eine Sprecherin des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sagte MDR THÜRINGEN auf Anfrage, die Neuregelung spiegele die Praxis vieler Behörden besser wieder, die aus verwaltungsökonomischen Gründen schon vor der Reform verstärkt auf Geldleistungen gesetzt hätten. Sie stärke außerdem die Selbstbestimmung der Flüchtlinge.



auch die unsägliche Praxis, Flüchtlinge langjährig mit den gekürzten Leistungen nach Paragraph 1a abzuspeisen, die in der Regel ebenfalls nur per Gutschein ausbezahlt wurden, zu überprüfen.

Die Flüchtlingspolitikerinnen bekräftigen zudem die Absicht der Koalition, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und damit eines der mit dem sogenannten Asylkompromiss

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Pilotprojekt

Nach der neuesten Arbeitsmarktsstatistik ist in Thüringen die Zahl der Arbeitslosen auf 98.600 gestiegen. Ein Grund für diese Entwicklung ist wohl vor allem das Auslaufen von Förderinstrumenten und Maßnahmen sowie das Absenken finanzieller Zuwendungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es sind deutlich weniger Menschen in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen wie der Bürgerarbeit tätig. Waren es im Januar des vergangenen Jahres noch 4.411 Personen, sind es nun nur noch 2.676. Über die Bürgerarbeit waren in Thüringen über drei Jahre insgesamt mehr als 2.300 Menschen in Arbeit. Allerdings ist dieses Bundesprojekt nun ersatzlos ausgelaufen.

Die Anzahl der Erwerbslosen, die wegen ihres Einsatzes in Maßnahmen, Weiterbildung oder Qualifizierung sowie wegen des Übergangs in Selbstständigkeit nicht als Arbeitslose gezählt werden und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind, ist um etwa 6.000 gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die reale Arbeitslosigkeit um etwa 8.000 Personen gestiegen.

Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass dringender Bedarf an Qualifizierung und Beschäftigung besteht. Es bestärkt uns umso mehr, dass neue Instrumente bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dringend notwendig sind. Das hilft den Betroffenen und verhindert Armut, denn es hat auch Auswirkung auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften. Ihr Anstieg in Thüringen auf 100.818 (Zuwachs von 628 zum Vormonat) zeigt, dass die Abhängigkeit von Hartz IV für viele Menschen wieder zugenommen hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, verstärkt in öffentlich geförderte Beschäftigung zu investieren, was auch vom Regionalchef der Agentur für Arbeit unterstützt wird.

Es wäre ein Pilotprojekt, alle Mittel, die für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, so zusammenzulegen, dass für den einzelnen Langzeitarbeitslosen ein guter Lohn für geleistete Arbeit gezahlt werden kann. So würden dringend notwendige Arbeit in den Kommunen geleistet und Menschen, die auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, eine neue Perspektive ermöglicht. Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit.

LINKE Unterstützung für die Filmpiraten

Die Filmpiraten waren am 4. Februar zu Gast bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Abgeordnete und Mitarbeiter übergaben stellvertretend für die gesamte Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag einen Scheck in Höhe von 1.080 Euro an das Team der Filmpiraten.

Eine Klage der rechtspopulistischen FPÖ vor dem Handelsgericht Wien zwingt die Filmpiraten in ein sehr kostspieliges Verfahren. Weitere Hintergrundinfos (dazu auch auf Seite 11 dieser UNZ eine Nachricht) gibt es auf den Seiten der Filmpiraten unter:

<http://www.filmpiraten.org/hintergrundinfos-fpoe-prozess/>

Foto: Peter Lahn



Scheckübergabe an die Filmpiraten mit Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende und den Abgeordneten Katharina König, Ina Leukefeld und Kati Engel.